

# Inhaltsübersicht

Einleitung .....	1
<b>Erster Teil Statusrecht</b> .....	9
A. Die Rechtsstellung der freien sozialen Einrichtungen im Sozialstaat .....	9
B. Die sozialrechtliche Nomenklatur freier sozialer Einrichtungen .....	60
<b>Zweiter Teil Kostenerstattung</b> .....	87
C. Die Kostenerstattung nach Sozialhilferecht .....	88
D. Die Kostenerstattung nach Kinder- und Jugendhilferecht .....	212
E. Die Kostenerstattung nach dem Recht der gesetzlichen Krankenversicherung .....	236
F. Die Kostenerstattung nach dem Recht der gesetzlichen Rentenversicherung .....	297
G. Die Kostenerstattung nach Arbeitsförderungsrecht .....	319
<b>Dritter Teil Förderung</b> .....	349
H. Die Förderung freier sozialer Einrichtungen durch Zuwendungen und Subventionen .....	350
<b>Vierter Teil Zusammenarbeit</b> .....	393
I. Verfassungsrechtliche Grenzen der Zusammenarbeit .....	394
K. Vom hoheitlichen zum kooperativen Staat. Staats- und verbandstheoretische Überlegungen zum Sachbereich Wohlfahrtspflege .....	425

# Inhalt

Vorwort .....	V
Abkürzungen .....	XIX
Einleitung .....	1
1. Gegenstand, Ziel und Methode der Untersuchung .....	1
2. Gang der Untersuchung .....	4
3. Zahlen .....	5
<b>Erster Teil   Statusrecht</b> .....	9
<i>A. Die Rechtsstellung der freien sozialen Einrichtungen im Sozialstaat</i> .....	9
I. Die freien sozialen Einrichtungen als Träger eigener Aufgaben .....	9
1. Sozialrechtliche Statusnormen .....	9
2. Grundrecht der freien karitativen Betätigung .....	10
3. Vereinigungsfreiheit .....	10
4. Berufsfreiheit .....	11
5. Eigentumsgarantie .....	13
6. Bekenntnisfreiheit .....	14
7. Korporative Religionsfreiheit .....	16
a) Erweiterung des Selbstbestimmungsrechts auf nicht inkorporierte Einrichtungen .....	16
b) Schutzbereich und Schrankenvorbehalt .....	19
c) Selbstverständnis der Kirchen .....	22
II. Der Staat als Träger sozialer Aufgaben .....	30
1. Sozialstaatsprinzip .....	30
2. Gesetzliche Aufgabenmonopole? .....	31
3. Status des Öffentlichen und öffentliche Aufgabe .....	33
III. Die rechtliche Zuordnung staatlicher und gesellschaftlicher Aufgaben in der Leistungserbringung .....	38
1. Grundrechtsschutz vor einem rechtlichen Verwaltungsmonopol .....	39
2. Grundrechtsschutz vor einem faktischen Verwaltungsmonopol .....	40
3. Subsidiaritätsprinzip .....	41
4. Verfassungsrechtlicher Gesetzesvorbehalt .....	41
5. Sozialrechtlicher Gesetzesvorbehalt .....	44
6. Gesetzliche Regelungen der eigenhändigen Leistungserbringung .....	45
7. Zusammenarbeit der Aufgabenträger .....	47
8. »Zwei Kuckuckseier« .....	48
IV. Die Rechte des Sozialleistungsberechtigten in der Leistungserbringung .....	49
1. Zusammenarbeit »zum Wohle« des Sozialleistungsberechtigten .....	49
2. Wahlrechte als Regulative von Grundrechtskonflikten .....	50
3. Grundrecht der freien Wahl des Leistungserbringers .....	50

V. Der Einfluß der staatlichen Finanzierung auf den Rechtsstatus .....	53
1. Verwaltungshilfe oder sozialer Markt der Anbieter? .....	53
2. Einschränkungen des Rechtsstatus sozialstaatlich begünstigter Berufe .....	55
VI. Die Gesamtverantwortung des Sozialstaats für den Sachbereich Wohlfahrtspflege .....	57
1. Gewährleistung der Dienste und Einrichtungen .....	57
2. Zusammenarbeit .....	58
3. Förderung .....	58
<i>B. Die sozialrechtliche Nomenklatur freier sozialer Einrichtungen</i> .....	60
I. Der Verband der freien Wohlfahrtspflege als Rechtsbegriff .....	60
1. Staatliche Anerkennung und Vereinigungsfreiheit .....	61
a) Begründungen aus vorkonstitutionellem Recht .....	61
b) Begründungen aus dem Steuerrecht .....	63
c) »Stillschweigende« Anerkennung durch den Gesetzgeber .....	64
d) Korporation oder Vereinigungsfreiheit? .....	65
2. Die materiellrechtliche Auffassung .....	67
a) Zum Begriff »Wohlfahrtspflege« .....	68
aa) Planmäßigkeit des Handelns .....	68
bb) Adressatenkreis des Handelns .....	69
cc) Sozialpädagogische Qualifikation des Handelns .....	70
dd) Ziel des Handelns .....	71
b) Freie und öffentliche Wohlfahrtspflege .....	74
c) Zum Begriff des »Verbandes« .....	75
aa) Überlokaler und föderativer Zusammenschluß .....	75
bb) »Möglichst umfassende Tätigkeit« .....	77
cc) Verbandsinterne Organisation und tragende Idee .....	79
3. Zusammenfassung .....	79
II. Kirchen und Religionsgesellschaften des öffentlichen Rechts .....	80
1. Religionsgesellschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts .....	80
2. Karitative Einrichtungen und Körperschaftsstatus .....	83
III. Träger der freien Jugendhilfe .....	84
IV. Gemeinnützige und freie Einrichtungen und Organisationen .....	85
<b>Zweiter Teil Kostenerstattung</b> .....	87
<i>C. Die Kostenerstattung nach Sozialhilfrecht</i> .....	88
I. Das Rechtsverhältnis zwischen Hilfeempfänger und Sozialhilfeträger .....	88
1. Rechtsanspruch auf Sozialhilfe .....	88
a) Rechts- und Theoriegeschichte .....	88
aa) Armenrecht des 19. Jahrhunderts .....	89
bb) Theorie des subjektiven öffentlichen Rechts .....	90
cc) Sozialpolitische Begründungen .....	93
dd) Rechtsanspruch und Verfassungsrecht .....	94
b) Gesetzliche Ausgestaltung des Anspruchs .....	96
aa) Anspruch dem Grunde nach .....	96
bb) Keine Hilfe für die Vergangenheit .....	97
cc) Ausschluß der Übertragung, Vererbung und Aufrechnung .....	98

c) Einrichtungsbezogene Hilfen und Nachrang .....	99
d) Selbstbeschaffung von Sozialhilfeleistungen .....	100
aa) Einsetzen der Sozialhilfe .....	100
bb) Sozialwidrige Selbsthilfe .....	101
cc) Irrtümer über die Zuständigkeit .....	101
dd) Erstattungsanspruch des Nothelfers .....	102
ee) Verhinderung der Selbsteinweisung als Vertragspflicht der Einrichtung .....	104
e) Zusammenfassung und Zwischenüberlegung .....	104
2. Wunsch- und Wahlrecht .....	105
a) Entstehungsgeschichte .....	105
aa) Regelung im BSHG 1961 .....	105
bb) Neufassung im »Haushaltsbegleitgesetz 1984« .....	107
b) Angemessenheit des Wunsches .....	108
aa) Wunsch und sozialhilferechtlicher Bedarf .....	108
bb) Ermessen des Sozialhilfeträgers .....	109
cc) Nachrang des Wunsches nach stationären Hilfen .....	110
c) Mehrkostenvorbehalt .....	111
aa) Bestimmung der Vergleichskosten .....	111
bb) Kosten häuslicher Pflege im Verhältnis zur Heimpflege .....	113
cc) Leistungen der Daseinsvorsorge und öffentliche Geldleistungen im Kostenvergleich .....	114
dd) Unverhältnismäßigkeit der Mehrkosten und Ermessen .....	117
ee) Mehrkostenvorbehalt und Privatschulfreiheit .....	118
ff) Mehrkostenvorbehalt und Bekenntnisfreiheit .....	119
d) Einfluß von Pflegesatzvereinbarungen auf das Wunsch- und Wahlrecht .....	119
aa) Kostenübernahme bei vereinbarungsgebundenen Einrichtungen .....	119
bb) Kostenübernahme bei vereinbarungsungebundenen Einrichtungen .....	120
cc) Mehrkostenvorbehalt und vereinbarte Pflegesätze .....	121
e) Zusammenfassung und Zwischenüberlegung .....	122
3. Erklärung der Kostenübernahme .....	123
a) Bewilligungsbescheid .....	123
b) Grundsätze der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Leistungsfähigkeit .....	125
c) Sachleistung oder Geldleistung? .....	128
d) Ergänzende oder erweiterte Hilfe? .....	129
e) Zusammenfassung und Zwischenüberlegung .....	134
II. Das Rechtsverhältnis zwischen Sozialhilfeträger und freier sozialer Einrichtung ..	134
1. »Kostenzusage« .....	134
a) Zusicherung oder Vertrag? .....	135
b) Vertragstypus .....	137
c) Rechtsnatur des Schuldbeitritts .....	139
e) Auszahlung des Barbetrags zur persönlichen Verfügung .....	140
e) Zusammenfassung und Zwischenüberlegung .....	141
2. Typologie und Bedeutung der Vereinbarungen im Sachbereich Wohlfahrts- pflege .....	141
a) Allgemeine Pflegesatzvereinbarung .....	141
b) Einzelvereinbarung .....	142
c) Sondervereinbarung .....	144
d) »Vereinbarung auf Unterwerfung« .....	145
e) Bedeutung der Vereinbarung nach § 93 Abs. 2 BSHG .....	146

3. Inhalt der Allgemeinen Pflegesatzvereinbarungen .....	147
a) Beitritt der Einrichtungen .....	147
b) Anwendungsbereich .....	148
c) Pflegesatzkommission .....	148
d) Schiedsabreden .....	150
e) Pflegesatzgestaltung .....	151
f) Marktpreise oder Kostenpreise? .....	153
g) Personalkosten .....	154
h) Kostennachweis und Prüfrecht .....	155
i) Ausgangswerte für die Abschreibungen .....	157
k) Eigenkapitalzinsen .....	159
l) Öffentliche Zuschüsse .....	160
m) Kapazitätsausnutzungsquoten .....	161
4. Rechtsnatur der Vereinbarung .....	162
a) Meinungsstand .....	162
b) Lehre vom Vertragsgegenstand .....	165
c) Privates und öffentliches Recht als prinzipienerfüllte Begriffe .....	168
d) Rechtsnatur und Schriftform .....	173
e) Rechtsnatur der Sondervereinbarungen .....	173
5. Abschluß der Vereinbarungen .....	174
a) Rechtliche Bindungen der Sozialhilfeträger .....	174
aa) Anspruch auf ermessensfehlerfreie Entscheidung .....	174
bb) Abschluß nach Privatrecht .....	174
cc) Prozeßrechtliche Unterschiede .....	176
b) Grundsätze der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Leistungsfähigkeit .....	177
c) Vorrang der »in § 10 genannten Träger« .....	177
d) Bindung an das Wettbewerbsrecht? .....	182
e) Zur Verfassungsmäßigkeit des Vorrangs .....	184
aa) Gleichheitssatz .....	184
bb) Berufsfreiheit .....	187
cc) Eigentumsfreiheit .....	187
dd) Nachbesserungspflicht des Gesetzgebers? .....	188
6. Strategien der Angebotssteuerung .....	188
a) Angebotssteuerung durch Bedarfsprüfung? .....	189
b) Zur »Richtlinienkompetenz« der Sozialhilfeträger .....	193
c) Vereinbarungsabschluß nach Anerkennung .....	196
d) Eignungskriterien in Verwaltungsvorschriften und Sondervereinbarungen .....	197
e) Instrumentalisierung der Heimaufsicht .....	199
f) Angebotssteuerung durch Vertragsrecht .....	200
7. Zusammenfassung und Zwischenüberlegung .....	201
III. Das Rechtsverhältnis zwischen Heimbewohner und freier sozialer Einrichtung .....	202
1. Geltungsbereich des Heimgesetzes .....	202
2. Heimvertrag .....	203
3. Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen .....	204
4. Schiedsvertrag .....	205
5. Mißverhältnis zwischen Entgelt und Leistung .....	206
6. Vergleichsmaßstab bei der Entgelterhöhung .....	208
7. Zusammenfassung und Zwischenüberlegung .....	210

<i>D. Die Kostenerstattung nach Kinder- und Jugendhilferecht</i> .....	212
I. Die Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe .....	212
1. Voraussetzungen und Rechtswirkungen .....	212
2. Verfassungsgewähr .....	214
II. Das Rechtsverhältnis zwischen dem Jugendhilfeberechtigten und dem Träger der öffentlichen Jugendhilfe .....	219
1. Rechtsanspruch .....	219
a) Recht auf Erziehung? .....	219
b) Anspruch auf erzieherische Hilfe .....	219
c) Anspruch auf wirtschaftliche Hilfe .....	221
2. Wunsch- und Wahlrecht .....	222
3. Erklärung der Kostenübernahme .....	223
a) Bewilligungsbescheid .....	223
b) Selbstbeschaffung erzieherischer Hilfen .....	223
c) Dienstleistung oder Geldleistung? .....	224
III. Das Rechtsverhältnis zwischen den Trägern der öffentlichen und der freien Jugendhilfe .....	226
1. Übertragung von Kompetenzen der öffentlichen Jugendhilfe .....	226
a) Regelung des alten Rechts .....	226
b) Regelung des neuen Rechts .....	229
2. »Kostenzusage« .....	229
3. Pflegesatzvereinbarung .....	230
a) Rechtsfragen um den Abschluß .....	230
b) Anerkennung und Abschluß .....	231
c) Pflegesatzgestaltung .....	231
4. Vereinbarungen nach § 45 Abs. 2 Satz 3 SGB VIII .....	233
IV. Das Rechtsverhältnis zwischen dem Jugendlichen bzw. dem Sorgeberechtigten und dem Träger der freien Jugendhilfe .....	233
V. Zusammenfassung und Zwischenüberlegung .....	234
<i>E. Die Kostenerstattung nach dem Recht der gesetzlichen Krankenversicherung</i> .....	236
I. Das Rechtsverhältnis zwischen dem Versicherten und der gesetzlichen Krankenkasse .....	236
1. Leistungsrecht .....	236
a) Krankenhausbehandlung .....	236
b) Behandlung in einer Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtung .....	237
c) Häusliche Krankenpflege .....	238
d) Haushaltshilfe .....	240
e) Leistungen bei Schwerepflegebedürftigkeit .....	240
f) Müttergenesungskuren und sozialpädiatrische Behandlung .....	242
g) Ergänzende Leistungen zur Rehabilitation .....	242
2. Sachleistungsprinzip und Selbstbeschaffung .....	243
a) Inhalt des Sachleistungsprinzips .....	243
b) Unzulässigkeit der Selbstbeschaffung .....	244
c) Ausnahmen von der Unzulässigkeit der Selbstbeschaffung .....	246
3. Wunsch- und Wahlrechte des Versicherten .....	249
a) Krankenhauswahl .....	249

b) Wahl- und Stellvertreterleistungen .....	252
c) Berücksichtigung von Wünschen bei Ermessensleistungen .....	254
4. Erklärung der Kostenübernahme .....	255
a) Rechtsnatur der Erklärung .....	255
b) Rechtswirkung der Erklärung .....	257
c) Kostenübernahme und ärztliche Verordnung .....	258
d) Notfallaufnahmen .....	260
e) Kostenübernahme bei häuslicher Krankenpflege und Haushaltshilfe .....	261
II. Das Rechtsverhältnis zwischen Krankenkasse und Leistungserbringer .....	262
1. »Kostenzusage« .....	262
a) Vertrag zugunsten Dritter .....	263
b) Abtretung des »verwandelten« Behandlungsanspruchs .....	263
c) Rechtsanspruch aus dem Krankenhausvertragsrecht .....	264
d) Doppelnatur der Kostenübernahme .....	264
e) Rechtsnatur des Vertrages .....	265
2. Krankenhausvertragsrecht .....	267
a) Versorgungsvertrag .....	267
aa) Zugelassene Krankenhäuser .....	267
bb) Abschluß .....	267
cc) Rechtsnatur .....	270
b) Zweiseitige Verträge .....	271
c) Wirtschaftlichkeitsprüfung .....	275
d) Landesschiedsstelle .....	276
e) Pflegesatzvereinbarung .....	279
3. Versorgungsverträge mit Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen .....	281
4. Verträge mit den Erbringern von Heil- und Hilfsmitteln .....	282
5. Verträge mit den Erbringern häuslicher Dienstleistungen .....	285
a) Vertragsabschluß nach Inanspruchnahme .....	285
b) Vertragsgegenstände .....	286
c) Rechtsweg .....	288
d) Wettbewerbsrecht oder Sozialrecht? .....	289
III. Das Rechtsverhältnis zwischen Versichertem und Leistungserbringer .....	291
1. Krankenhausbehandlungsvertrag .....	291
2. Vertragsbeziehungen zwischen dem Versicherten und dem Erbringer häuslicher Dienstleistungen? .....	293
IV. Zusammenfassung und Zwischenüberlegung .....	294
F. Die Kostenerstattung nach dem Recht der gesetzlichen Rentenversicherung .....	297
I. Das Rechtsverhältnis zwischen Versichertem und Rentenversicherungsträger .....	297
1. Leistungsrecht .....	297
a) Ermessen oder Rechtsanspruch? .....	297
b) Erfolgsprognose .....	298
c) Streitfragen um die Abgrenzung der Zuständigkeiten .....	299
aa) Die Suchtvereinbarung .....	299
bb) Ausschluß von Krankenversicherungsleistungen wegen fehlender Erfolgsaussicht? .....	301
cc) Das Jork-Urteil und seine Folgen .....	301
d) Selbstbeschaffung der Rehabilitationsleistung .....	303

2. Gestaltungsermessen und Wünsche des Versicherten .....	305
a) Berücksichtigung des Ermessens im Erstattungsverfahren .....	305
b) Wünsche Abhängigkeitskranker und Ermessen .....	306
c) Mehrkostenvorbehalt .....	309
3. Erklärung der Kostenübernahme .....	310
II. Das Rechtsverhältnis zwischen Rentenversicherungsträger und Rehabilitationseinrichtung .....	310
1. »Kostenzusage« .....	310
2. Belegungsverträge und Belegungsabsprachen .....	310
3. Pflegesatzvereinbarungen .....	313
4. Rechtsnatur .....	315
5. Regelung der Leistungserbringung im Rentenreformgesetz .....	316
III. Das Rechtsverhältnis zwischen Einrichtung und Versichertem .....	317
IV. Zusammenfassung und Zwischenüberlegung .....	318
G. Die Kostenerstattung nach Arbeitsförderungsrecht .....	319
I. Das Rechtsverhältnis zwischen dem Behinderten und der Arbeitsverwaltung .....	320
1. Rechtsanspruch auf berufliche Rehabilitation .....	320
a) Anspruchsvoraussetzungen .....	320
b) Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung .....	321
c) Ausschluß der Schwerstbehinderten .....	323
d) Unzulässigkeit der Selbstbeschaffung .....	324
2. Wunsch- und Wahlrecht .....	324
3. Erklärung der Kostenübernahme .....	325
II. Das Rechtsverhältnis zwischen Arbeitsverwaltung und Werkstatt .....	326
1. »Kostenzusage« .....	326
2. Anerkennung .....	328
a) Bedeutung, Verfahren und Voraussetzungen .....	328
b) Der Verfassungsstreit um die Werkstättenverordnung .....	329
aa) Beschluß des Dreierausschusses .....	329
bb) Aufzunehmender Personenkreis .....	330
cc) Wirtschaftsführung und Werkstattverbund .....	331
dd) Zustimmungsbedürftige Werkstattverträge .....	333
c) Grundrechtsverzicht durch den Antrag auf Anerkennung? .....	334
3. Pflegesatzvereinbarungen .....	336
a) Vom Verwaltungsakt zum Vereinbarungsprinzip .....	336
b) Kostengrundsätze .....	338
c) Rechtsnatur und Abschluß .....	339
4. »Wer zahlt, schafft an« .....	339
a) Werkstätten als beliehene Unternehmer? .....	339
b) Werkstätten als Erfüllungsgehilfen? .....	340
c) Werkstätten als Verwaltungshelfer? .....	340
d) Verzicht auf Rechtspositionen .....	342
III. Das Rechtsverhältnis zwischen Werkstatt und Behindertem .....	342
1. Werkstattvertrag .....	342
2. Zur Anwendung des Arbeitsrechts .....	344
3. Der öffentlich-rechtliche Ansatz .....	345
IV. Zusammenfassung und Zwischenüberlegung .....	347

<b>Dritter Teil Förderung</b> .....	349
<i>H. Die Förderung freier sozialer Einrichtungen durch Zuwendungen und Subventionen</i> ...	350
I. Begriffsklärungen .....	350
1. Subvention, Zuwendung, Sozialleistung .....	350
2. Zuwendungs- und Finanzierungsarten .....	353
II. Zweck der Subvention und Züwendung .....	355
III. Handlungsformen der Vergabe von Zuwendungen und Subventionen .....	358
1. Bewilligungsbescheid .....	358
2. Zuwendungs- und Subventionsvertrag .....	359
IV. Konkurrentenschutz und Gleichheitssatz .....	361
1. Positive und negative Konkurrentenklage .....	361
2. Förderung und Gleichheitssatz .....	363
a) Dogmatische Grundlinien .....	363
b) Differenzierung zwischen »armen« und »reichen« Trägern .....	365
aa) Regelvermutung zu Lasten kirchlicher Einrichtungen .....	365
bb) Sphärenerlaß .....	367
V. Zuwendungen und Subventionen als Mittel der Sozialplanung .....	370
1. Gesamtverantwortung und Förderung .....	370
2. Koordination der Förderung .....	371
3. Bedarfsermittlung und Sozialplanung .....	373
4. Planungsermessen .....	375
5. Auswirkungen der Bedarfsplanung auf das Leistungserbringungsrecht .....	377
VI. Widerruf und Rücknahme von Zuwendungsbescheiden .....	379
1. Widerrufsnormen des Haushaltsrechts .....	379
2. Haushaltsrecht und Verwaltungsverfahrenrecht .....	380
3. Widerrufs- und Rücknahmeeremessen .....	382
4. Widerruf wegen Nichterfüllung von Auflagen .....	383
a) Auflagen und Bedingungen .....	383
b) Nebenbestimmungen und Gesetzesvorbehalt .....	384
c) Verbindlichkeit des Finanzierungsplans .....	385
d) Einsatz von Eigenmitteln und Anrechnung zusätzlicher Deckungsmittel .....	387
e) Besserstellungsverbot .....	388
VII. Zusammenfassung und Zwischenüberlegung .....	391
<b>Vierter Teil Zusammenarbeit</b> .....	393
<i>I. Verfassungsrechtliche Grenzen der Zusammenarbeit</i> .....	394
I. Angebotssteuerung und Grundrechtsschutz .....	394
1. Berufsfreiheit .....	395
a) Bedarf und Bedürfnis .....	395
b) Eingriff in die Freiheit der Berufsausübung oder Berufswahl .....	395
aa) Zugangssperren zur Leistungserbringung .....	395
bb) Gemeinnützige Leistungserbringung als eigenständiger Beruf? .....	396
cc) Eingriffsintensität von Zugangssperren .....	397

c) Vorbehalt des verhältnismäßigen Gesetzes .....	398
aa) Bestimmtheitsgrundsatz .....	398
bb) Verhältnismäßigkeitsgrundsatz .....	401
(1) Legitimität des Zweckes .....	401
(2) Geeignetheit .....	401
(3) Erforderlichkeit .....	404
(4) Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne .....	406
2. Grundrecht der freien karitativen Betätigung .....	407
3. Gleichheitssatz .....	408
4. Eigentumsgarantie .....	409
5. Bekenntnisfreiheit und korporative Religionsfreiheit .....	410
6. Schutz des kirchlichen Vermögens .....	411
7. Angebotssteuerung durch die Vergabe von Zuwendungen und Subventionen ..	411
II. Vertragsrecht und Gesetzmäßigkeit der Verwaltung .....	412
1. Vorrang des Gesetzes .....	412
2. Vorbehalt des Gesetzes .....	414
a) Eingriff in die Berufsfreiheit konkurrierender Leistungserbringer .....	414
b) Eingriff in Rechte der vertragsschließenden Partei .....	415
aa) Vertragliches Handeln und Vorbehalt des Gesetzes .....	415
bb) Grundrechtsverzicht .....	417
3. Prüfung einzelner Vertragsinhalte .....	419
a) Kostenunterdeckende Pflegesätze .....	419
b) Pflegesatzgestaltung .....	420
c) Kostennachweis und Prüfrecht .....	421
d) Vereinbarung der Verwaltungshilfe .....	422
III. Kostennachweis und Prüfrecht .....	422
<i>K. Vom hoheitlichen zum kooperativen Staat. Staats- und verbandstheoretische Überlegun-</i> <i>gen zum Sachbereich Wohlfahrtspflege .....</i>	425
I. Korporatismus-Konzept .....	425
II. Handlungsweisen des informellen Rechtsstaats .....	431
III. Grenzen der Vertragsform .....	434
IV. Die Wiederkehr des Staates am Ende seiner Geschichte .....	436
Literatur .....	439
Sachregister .....	461